

# Der Wendepunkt



Sozialisten und weitere Aktive an der Uni Köln

## Germany First?

**Nein zu Studiengebühren gegen Studierende aus Nicht-EU-Ländern –  
Ja zu internationaler Solidarität!**

„1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. Sie stimmen ferner überein, dass die Bildung es jedermann ermöglichen muss, eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen, dass sie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter allen Völkern und allen rassischen, ethnischen und religiösen Gruppen fördern sowie die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens unterstützen muss.

(2) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass im Hinblick auf die volle Verwirklichung dieses Rechts (...) c) der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss; (...).“

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt), 1966, Art. 13.

Die sich noch nicht im Amt befindende schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen bewegt sich bereits auf Abwegen: 1500 Euro (!) Studiengebühren plant sie für Nicht-EU-Studierende einzuführen. Sie behaupten, damit die Hochschulfinanzierung stärken zu wollen, während die FDP in ihrem Wahlprogramm offen kundtut, dass „alles auf einmal auf den Prüfstand muss: Öffentliche Ausgaben, Subventionen, Programme und Staatsbetriebe“. Studiengebühren sind kein Mittel der Hochschulfinanzierung sondern Teil der Kürzungs- und Abschottungspolitik von Schwarz-Gelb.

Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern sind in besonderer Weise anti-

sozial, weil internationalen Studierenden ohnehin das Studium schwer gemacht wird. Sie müssen beweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt eigenständig bestreiten können, und dafür ein Sperrkonto von etwa 8000 Euro einrichten. Hier noch Studiengebühren draufzusetzen ist zynisch und hätte zur Konsequenz, dass besonders aus der südlichen Erdhälfte vor allem Menschen aus einer gehobenen Elite ein Studium in Deutschland anfangen könnten.

Studiengebühren gegen internationale Studierende sind menschenunwürdig, weil Menschen nach ihrem vermeintlichen wirtschaftlichen „Nutzen“ bewertet werden. Wer nicht zum Wirtschaftsstandort Europa ge-

**Aktivitäten gegen die Kommerzialisierung von Bildung und Studiengebühren:**

**Demonstration:** Mittwoch, den 21. Juni um 10:00 Uhr, Albertus-Magnus-Platz

**Gemeinsamer Diskussionsabend:** Donnerstag, 22. Juni, 19:00 Uhr, HumF, F 130

Initiiert vom Bündnis „Lernfabriken meutern“.

hört oder als zukünftig brauchbares und mit Stipendien zu versehendes „Humankapital“ gilt, der sei verzichtbar – ist letztlich die perfide Logik hinter diesen Gebühren.

Und last, but not least: Sie sind daher demokratischädigend, weil sie das Prinzip des nationalen Egoismus forcieren und Kräften wie der AfD in die Hände spielen.

Gerade aus den Hochschulen heraus ist es in den letzten Jahren gelungen, eine Abkehr von neoliberaler Kommerzlogik zu erkämpfen, die in NRW Bertelsmann, CDU und FDP zwischen 2005 und 2010 mit dem Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ forciert hatten. Bundesweit mussten die allgemeinen Studiengebühren abgeschafft werden. In NRW sind aufgrund der Bewegung für Zivilklauseln Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie als Ziele der Wissenschaft im Hochschulgesetz verankert worden. Solche Zielsetzungen haben mittlerweile Einklang in die universitären Grundordnungen in NRW gefunden. Sie orientieren eindeutig auf das allgemeine Wohl und die Lösung der globalen zivilisatorischen Herausforderungen statt auf national-egoistische Irrwege nach dem Vorbild von D. Trump.

Gegen solche emanzipatorischen Ansprüche aufgeklärter Rationalität zur kooperativen Verbesserung der Lebensbedingungen aller versucht Schwarz-gelb rechtzeitig vor der Bundestagswahl eine populistische Brücke zwischen neoliberaler Sparideologie und rassistischer Diskriminierung zu schlagen. Dieser menschenverachtenden Logik müs-

sen wir eine Absage erteilen! Die Überwindung der Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte zugunsten weltweiter Kooperation, die globale Realisierung von Gesundheit, Bildung und Kultur – also Frieden – sind im Interesse der großen Mehrheit der Menschen. Entsprechende soziale Kämpfe finden weltweit in verstärktem Ausmaß statt.

Die Gebührenfreiheit des Studiums und die soziale Öffnung der Hochschulen für alle ist von entscheidender Bedeutung dafür, den Austausch zwischen Menschen aller Länder für eine solche humane und friedliche Entwicklung zu befördern. Gebühren gegen Studierende aus dem Ausland sind deshalb ein Angriff auf aufklärende, gesellschaftskritische Wissenschaften, auf internationale Solidarität und eine menschenwürdige Gesellschaftsentwicklung. Es geht um jede und jeden, weil es um alle geht.

*„In dieser Situation, wo die Staatsräson, wo der Egoismus der Finanzoligarchien, die die Staaten unterwandern und überdeterminieren, wo der Zynismus herrscht, spürt man im Menschenrechtsrat, dass die Zivilgesellschaft in den verschiedenen Staaten jeden Tag Fortschritte macht, an Macht und an Einfluss gewinnt. Immer mehr Bürger stellen die Frage der Solidarität, der Identität mit den anderen und zwingen die Regierungen den wirklich existenziellen Fragen unserer Weltgesellschaft endlich ins Gesicht zu sehen.“*

Interview des NDR mit Jean Ziegler vom 17. März 2017: „Die Zivilgesellschaft gewinnt an Macht“.

---

Der Wendepunkt ist eine Hochschulgruppe, in der sich linke SozialdemokratInnen und weitere Aktive engagieren. Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:30 Uhr im Café Sandspur der Evangelischen Studierendengemeinde Köln (esg), Bachemer Straße 27.

6/2017 – V.i.S.d.P.: Wendepunkt – Sozialisten und weitere Aktive an der Uni Köln, % Peter Förster, Marienstr. 3d, 50825 Köln